

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

April 2009



Oh, wie schlecht, dass niemand weiß, ...

Die Industrienationen wollen sich nicht lumpen lassen. Auf dem Londoner Gipfel der G20-Staaten haben sie den Internationalen Währungsfonds (IWF) mit 750 Milliarden Dollar ausgestattet, die als Hilfen zur Stabilisierung der Weltwirtschaft gedacht sind. Der Fonds soll den Ländern helfen, die befürchten, nicht aus eigener Kraft mit der Krise der Weltwirtschaft fertig zu werden.

Das ist in doppelter Hinsicht ein Notprogramm. Es soll die Not der schwächeren, von der Krise aber stark betroffenen Länder lindern. Und es hilft einer ganzen Reihe von Industrienationen – darunter Deutschland – aus der Argumentationsnot gegenüber den ohnehin schon alarmierten Steuerzahlern. Die deutsche Regierung zum Beispiel will sich – vernünftigerweise – nicht mit noch größeren Haushaltsschulden beladen, als sie es schon ist. Deswegen hat die Bundeskanzlerin sich in London gegen die Zuteilung konkreter, nationaler Hilfspflichten für internationale Noteinsätze gewandt. Den IWF mit neuen Mitteln als Helfer auszustatten, galt in der Londoner Stunde der Entscheidung als ein kluger Ausweg.

Aber war die Entscheidung wirklich klug? In Abwandlung eines jedem Kind bekannten Rumpelstilzchen-Verses könnte man wohl sagen: „Oh wie schlecht, dass niemand weiß, wie der nächste Bettler oder Helfer heißt.“ Denn die Pflichten, die etwa die Bundesrepublik Deutschland übernimmt, werden ja nicht dadurch kleiner, dass sie nun gegenüber einer internationalen Einrichtung gelten, die als Weltinstitution in Washington sitzt. Im Gegenteil: Dieser „Retter“ ist – beispielsweise – vom deutschen Steuerzahler überhaupt nicht mehr zu kontrollieren. Die Hilfsaktionen des Währungsfonds sind dem Geldgeber ebenso entfernt wie die Beurteilung von allfälligen Nachforderungen. Die Kanzlerin hat sich auf eine riskante Zusage eingelassen. Im Kreis der Großen reifen nicht nur gute Ideen. Aber das wussten wir schon.

Hans D. Barbier

Preis-Wirrwarr im Supermarkt?

Seit 11. April 2009 dürfen viele Hersteller frei wählen, in welcher Verpackungsgröße sie ihre Produkte anbieten. Im Rahmen der europäischen Harmonisierung sind die strengen Verpackungsvorschriften in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union weggefallen. Die Regelung betrifft zahlreiche Lebensmittel, aber auch andere verpackte Erzeugnisse wie Waschmittel, Wolle, Lacke etc.

Ziel der Maßnahme: Mehr Freiheit für Produzenten und Verbraucher. Die Hersteller erhalten mehr Spielraum bei der Angebotsvielfalt, die Kunden mehr Auswahl an Verpackungsgrößen. Die Füllmengen können besser auf Kundenwünsche zugeschnitten werden, zum Beispiel durch spezielle Angebote kleinerer Größen für Singles. Während bislang eine Tafel Schokolade 85 oder 100 g wiegen musste, darf sie nun in beliebigen Größen angeboten werden. Milchpackungen müssen nicht mehr einen Liter fassen, sondern dürfen zum Beispiel auch mit 900 ml Inhalt abgefüllt werden.

Verbraucherschützer befürchten, dass durch unterschiedliche Füllmengen der Preisvergleich erschwert wird. Es könnte zu „versteckten Preiserhöhungen“ kommen, indem die Produzenten bei gleich bleibenden Preisen den Packungsinhalt verringern.

Die Befürchtungen sind unbegründet: Auf den Packungen muss nach der neuen Regelung neben dem Endpreis der Preis pro Maßeinheit angegeben werden. Und die Einzelhändler sind bereits seit September 2000 verpflichtet, angebotene Produkte mit dem Grundpreis auszuzeichnen.

http://europa.eu/scadplus/scad_de.htm

Erstsemester-Rekord

Rund 386 500 junge Erwachsene nahmen laut Statistischem Bundesamt im Studienjahr 2008 ein Studium in Deutschland auf. Damit ist der bisherige Rekord aus dem Jahr 2003 um rund 9 000 Studienanfänger überschritten.

Tatsächlich hätten weitaus mehr Studienanfänger in die Hörsäle gekonnt, denn viele Studienplätze für zulassungsbeschränkte Fächer (Numerus Clausus) blieben unbesetzt. Einer Umfrage zufolge waren im Wintersemester 2008/09 an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main 807 Studienplätze nicht vergeben. An der Technischen Universität Dresden sind fast 500 Plätze unbesetzt geblieben. An anderen Hochschulen war die Situation ähnlich. Das lag daran, dass sich Studieninteressierte an mehreren Universitäten parallel bewarben, um ihre Chance auf einen Studienplatz zu erhöhen. Wurden sie mehrfach zugelassen, blieben die nicht in Anspruch genommenen Plätze unbesetzt. Vielen

Hochschulen gelang es nicht, diese Plätze neu zu vergeben.

Um ein solches „Zulassungschaos“ in Zukunft zu vermeiden, einigten sich Bund, Länder und Hochschulvertreter auf ein neues Einschreibverfahren. Die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) soll abgeschafft werden. Stattdessen soll sich ab dem Wintersemester 2011/12 eine neue „Serviceagentur“ um eine effiziente Vermittlung kümmern. In der Übergangsphase, also bereits ab dem kommenden Wintersemester, gelten bundeseinheitliche Bewerbungsfristen. Die nach der Zulassung verbleibenden freien Plätze werden in einem Internetportal veröffentlicht. Studierwillige, die noch keinen Platz haben, können sich dann bei der jeweiligen Hochschule bewerben.

Die ZVS vergibt inzwischen weniger als ein Drittel der Studienplätze. Seit Einführung eines neuen Vergabeverfahrens im Jahr 2005 werden jeweils 20 Prozent der Studienplätze nach Abiturnote und Wartezeit verteilt. Die restlichen 60 Prozent vergeben die Hochschulen selbst. In den meisten Fällen müssen sich Studieninteressierte also direkt bei den Hochschulen bewerben, was Mehrfachmeldungen überhaupt erst möglich macht. Immerhin soll in Zukunft ein zentraler Datenabgleich zwischen den Hochschulen die bisher häufigen Doppelseinschreibungen bei Mehrfachzulassungen verhindern. Viele Hochschulen befürchten dadurch jedoch Autonomieverluste.

www.destatis.de/hochschulen

Zu groß zum Scheitern?

Milliardenschwere Konjunkturpakete sollen die aktuelle Krise überwinden helfen. Die darin enthaltenen Maßnahmen sind vielfältig und haben oft die Rettung heimischer Unternehmen und Banken zum Ziel. Das vorgebrachte Argument, die Firmen seien zu groß und zu wichtig, um sie in den Konkurs gehen zu lassen, ist in Wahrheit das Problem.

Die derzeitige Wirtschafts- und Finanzkrise übertrifft in ihrem Ausmaß alle Konjunkturerinbrüche der Nachkriegszeit. Nicht zuletzt deswegen wird sie in den Medien und der Wissenschaft oft mit der Weltwirtschaftskrise der frühen 1930er Jahre verglichen. Damals folgte einem starken Einbruch der amerikanischen Börse im Oktober 1929 (Stichwort: „Schwarzer Freitag“) eine Phase sinkender Produktion und steigender Arbeitslosigkeit. Die Entflechtung der globalen Beziehungen verstärkte die Depression; erst nach dem Zweiten Weltkrieg schwenkte die Weltwirtschaft wieder auf einen nachhaltigen Wachstumspfad. Der aktuelle Bezug ist augenscheinlich: Auch diesmal nahm die Krise ihren Ausgangspunkt auf den Finanzmärkten und sprang dann auf die Realwirtschaft – den Kreislauf von Produktion und Konsum – über.

Die Debatte um die Folgen der damaligen Krisenpolitik ist nach 80 Jahren noch nicht beendet. Nichtsdestotrotz lassen sich politische Maßnahmen ausmachen, deren Fehlwirkungen eigentlich bekannt sein könnten – und die heute wieder diskutiert werden: Heimische Firmen sollen geschützt werden, um so die Krise überstehen zu können. Je nach Art des krisengeschüttelten Unternehmens werden unterschiedliche

Begründungen für das politische Einschreiten vorgebracht: Bei der Rettung von Banken wird vor allem deren „Systemrelevanz“ betont; große Produktionsunternehmen dagegen seien aufgrund der hohen Zahl bedrohter Arbeitsplätze schutzbedürftig. Diese Zweiteilung erscheint auf den ersten Blick plausibel, bei genauerem Hinsehen geht es aber um dasselbe Problem: Das einzelne Unternehmen ist zu groß, um es scheitern zu lassen („too big to fail“).

Banken: Säulen der Wirtschaft

Banken spielen in kapitalistischen Volkswirtschaften eine besondere Rolle, da Unternehmen auf Kredite angewiesen sind: Investitionsvorhaben können nicht aus den laufenden Einnahmen oder in der Vergangenheit angehäuften Rücklagen finanziert werden. Stattdessen müssen sich die Unternehmen das Geld von den Banken leihen und dafür aus den zukünftigen Erträgen der getätigten Investition Tilgung und Zins bezahlen. Das Geld stammt vor allem aus dem Ersparnis privater Haushalte. Banken dienen demnach als Bindeglied zwischen diesen Ersparnissen und den Investitionen. Sie sind aber nicht nur reine Vermittler, sondern bringen die bei Anlegern und Kreditnehmern verschiedenen

Laufzeiten, Beträge und Risiken zur Deckung (Finanzintermediation).

Darüber hinaus schaffen bzw. schöpfen Banken neues Geld: Während frühere Zahlungsmittel einen eigenen Wert besaßen, da sie aus Edelmetallen wie Gold und Silber bestanden oder vollständig durch diese gedeckt waren, basiert das heutige Kreditgeld rein auf dem Vertrauen gegenüber dem jeweiligen „Geldschöpfer“. Das ist vor allem die Notenbank, die Geld drucken kann. Geschäftsbanken können zudem mehr Geld verleihen, als sie an Spareinlagen einnehmen, da sie nur einen bestimmten Anteil als Mindestreserve vorhalten müssen. Damit schöpfen auch sie frisches Geld.

Beide Funktionen, Finanzintermediation und Geldschöpfung, sind relevant für den realen Wirtschaftskreislauf – aber nicht nur von einer bestimmten Bank zu erfüllen. Der Wettbewerb sorgt für Marktberingung; Institute, die sich übernehmen, verschwinden über kurz oder lang. Zudem eröffnen Kapitalmärkte, wie die Börse, den Unternehmen einen weiteren Weg zum Geld der Anleger – und umgekehrt.

Problem Systemrelevanz

In Finanzkrisen kann sich dieser Ausleseprozess allerdings ins Negative kehren: Allgemeine Unsicherheit über den



„Wir sind nicht gegen das Große an sich oder für das Kleine, weil es klein ist. Wir wollen aber, dass der Freiheit in gleichen Maßen eine Verantwortung entspricht.“

Ludwig Erhard

Zustand einer Bank kann das Vertrauen in ihre Zahlungsfähigkeit erschüttern. Für den Einzelnen ist es dann sinnvoll, sein Erspartes abzuheben. Wenn aber alle gleichzeitig an ihr Geld wollen, kann die Bank aufgrund der anteiligen Mindestreserven dem nicht nachkommen. Das rationale individuelle Verhalten führt auf breiter Front zu einer Panik („bank run“), die schnell auf an sich gesunde Banken überspringen kann. Dies ist umso wahrscheinlicher, je größer oder vernetzter die angeschlagene Bank ist. Um einen allgemeinen Banken-Crash abzuwenden, kann der Staat als Garant für notleidende Finanzinstitute auftreten.

Die Garantien haben aber Nachteile: Wenn Banken im Krisenfall Staatsgelder erhalten und auch zukünftig damit rechnen, könnten sie ihre Geschäftspraktiken ändern. Sie könnten ein höheres Risiko eingehen („moral hazard“) und von den damit verbundenen höheren Gewinnchancen profitieren, während die ebenfalls damit verbundenen höheren möglichen Verluste auf den Steuerzahler abgewälzt werden können. Und genau das haben die Banken in den vergangenen Jahren gemacht: Die Gewinne aus teils undurchsichtigen und hoch riskanten Geschäften wurden privatisiert, die aus den gleichen Geschäften resultierenden aktuellen Verluste werden dagegen (teilweise) sozialisiert.

Damit wird das Problem sichtbar: Solange es „systemrelevante“ Banken gibt, deren Scheitern – vermeintlich oder tatsächlich – zum Systemzusammenbruch führen würde,

muss der Staat zwangsläufig parat stehen. Die Politik hat keine Wahl, will sie einen sich selbst beschleunigenden Abwärtsstrudel verhindern. Zugleich wird sie damit aber auch „erpressbar“, da Unternehmen, die um ihre Wichtigkeit wissen, dies sicher an der richtigen Stelle und zur richtigen Zeit vorzubringen wissen.

Arbeitsplätze um jeden Preis

Auch wenn Franz Müntefering, Vorsitzender der SPD, zuletzt im krisengeschüttelten Autobauer Opel eine „systemrelevante Größe“ in Deutschland erkannte, wird für die Rettung bedrohter Unternehmen außerhalb der Finanzbranche in der Regel eine andere Begründung ins Feld geführt: Die Region könne die Insolvenz eines großen Unternehmens aufgrund der Vernichtung vieler Arbeitsplätze nicht verkraften.

Abgesehen davon, ob die Arbeitsplätze bei einer Schließung tatsächlich vernichtet oder nur verlagert werden zu

anderen Unternehmen, die Teile der Konkursmasse aufkaufen, bleibt die Frage nach der „Verkraftbarkeit“ von Firmenpleiten. Wenn die Pleite von Opel für die Standorte Rüsselsheim oder Bochum nicht zu verkraften ist: Wie sieht es dann mit einem Handwerksbetrieb in einem 50-Seelen-Dorf aus? Wie reagiert die Politik, wenn es um eine Bäckerei mit fünf Beschäftigten geht, die einerseits der wichtigste Arbeitgeber im Dorf ist und andererseits die Versorgung mit einem Grundnahrungsmittel im Ort gewährleistet?

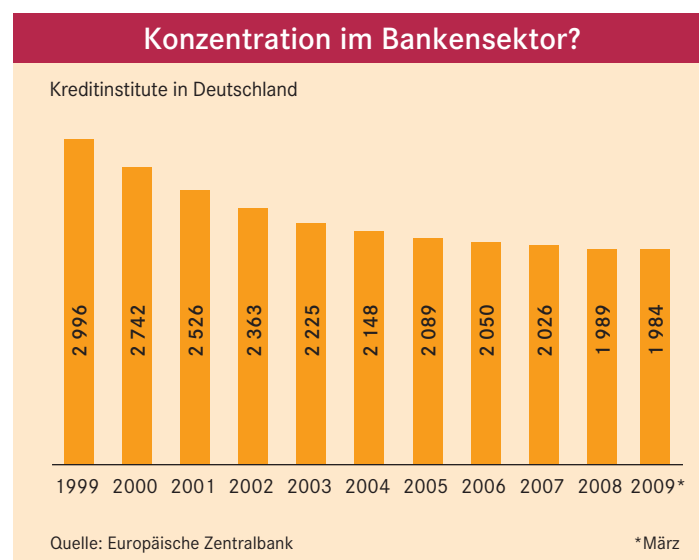
Sicher: Der Vergleich hinkt etwas. Er zeigt aber auch, dass die relative Größe eines angeschlagenen Unternehmens in einer bestimmten Region kein Gradmesser für eine staatliche Rettung sein kann. Für Produktionsunternehmen, die absolut bzw. in gesamtwirtschaftlichem Maßstab zu groß und wichtig für einen Konkurs sind, liegt die Messlatte deutlich höher als bei den „systemrelevanten“ Banken, ansonsten gilt das Gleiche: Die Politik

hat keine andere Wahl als einzuschreiten, will sie größere und längerfristige Verwerfungen mit all ihren negativen Folgen vermeiden.

Keine Freiheit ohne Verantwortung

In der Sozialen Marktwirtschaft darf kein Unternehmen zu groß oder zu wichtig zum Scheitern sein. Denn das Scheitern gehört zum Wettbewerb, der tragenden Säule jeder marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung. Was passiert, wenn es derartige Unternehmen gibt, zeigt sich in der aktuellen Krise: Die disziplinierende Kraft des freien – nicht grenzenlosen – Marktes wird gehemmt.

Unternehmen und vor allem Banken konnten sich aufgrund ihrer Machtposition dem Wettbewerb und damit ihrer Verantwortung entziehen. Jetzt scheint es, dass der Staat durch striktere Regulierungsvorschriften auch die Freiheit entsprechend beschneiden könnte. Besser wäre es allerdings, politisch darauf hinzuwirken, dass jedes gewinnorientierte Unternehmen in vollem Maße für seine Geschäfte haftbar gemacht werden kann. Unternehmerisches Risiko darf nicht nur die Gewinnchance eröffnen, sondern muss gegebenenfalls auch den Verlust nach sich ziehen. Damit würde sich der Staat auf die ihm in der Sozialen Marktwirtschaft zugeordnete Aufgabe konzentrieren: „der Setzung eines Ordnungsrahmens der Wirtschaft, der den Wettbewerb sicherstellt und ihn vor Verzerrungen und Machtinflüssen schützt“ (Ludwig Erhard). *Lars Vogel*





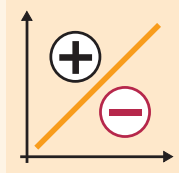
„Wir wissen nicht, wie sich die Wirtschaftskrise entwickeln wird. (...) Die Wirtschaft wird sich wieder fangen, unser Konjunkturpaket wirkt fast punktgenau. Spätestens 2010 geht es wieder aufwärts. Vielleicht sind schon in diesem Jahr erste Anzeichen zu spüren.“

Olaf Scholz, Bundesminister für Arbeit und Soziales

IM KLARTEXT

April 2009

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im April 2009

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung



Die übliche Frühjahrsbelegung im März sei komplett der Krise zum Opfer gefallen, teilt die Bundesagentur für Arbeit (BA) mit. Zum ersten Mal seit 80 Jahren ist die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen in einem März gestiegen. Knapp 3,6 Millionen Menschen waren ohne Arbeit, 34 000 mehr als im Februar 2009. Im Vergleich zum März 2008 waren 78 000 Menschen mehr erwerbslos.

Die Regierung zeigt sich inzwischen besorgt. Angesichts der schlechten Zahlen wird überlegt, das Kurzarbeitergeld

auf 24 Monate zu verlängern. Dies hat Olaf Scholz, Bundesminister für Arbeit und Soziales, ins Gespräch gebracht; er hatte noch vor einem Jahr von Vollbeschäftigung gesprochen.

Eigenverantwortung

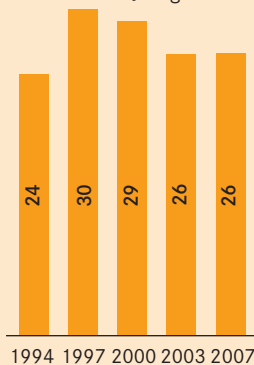


Rund 26 Prozent der circa 50 Millionen 19- bis 64-Jährigen haben sich 2007 beruflich weitergebildet. Um diese Quote zu erhöhen, kann jeder, der weniger als 20 000 € im Jahr verdient, seit Neuestem einen Prämiegutschein in Höhe von bis zu 154 € beantragen. Mit dem Gutschein beteiligt sich der Staat an den Kosten für die Bildungsmaßnahme. Berufstätige, die mit vermögenswirksamen Leistungen sparen, können zudem das Angesparte für Bildungszwecke nutzen, ohne den Anspruch auf die staatliche Förderung zu verlieren.

Beide Maßnahmen werden unter dem Begriff „Bildungsprämie“ zusammengefasst. Die Bildungsprämie soll „Anreize schaffen, in die eigene Bildung und Weiterbildung zu investieren“. Damit auch Berufstätige mit höherem Einkommen, also noch mehr Menschen zum le-

Berufliche Weiterbildung

Teilnehmer in Prozent aller 19- bis 64-Jährigen



Quelle: TNS Infratest

benslangen Lernen motiviert werden, ist als dritte Komponente die Einführung eines zinsgünstigen Weiterbildungsdarlehens geplant.

Geldwertstabilität

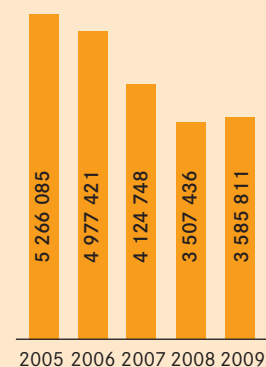


Die Bundesregierung versucht, die Rezession mit milliarden-schweren Rettungsprogrammen zu bekämpfen, finanziert über Schulden. Weil den Milliarden keine realen Werte gegenüberstehen, wächst die Inflationsgefahr, sobald die Krise vorüber ist. In nächster Zeit, da sind sich viele Forscher einig, werde Geldentwertung

aber noch kein Thema sein. Im Gegenteil: Das Preisniveau könnte über Monate sinken.

Verglichen mit dem Vorjahresmonat stiegen die Verbraucherpreise im März nur noch um 0,5 Prozent. Im Februar betrug die Teuerungsrate noch 1,0 Prozent. Die Jahresteuersatzrate fiel damit auf den niedrigsten Stand seit Juli 1999; damals lag sie ebenfalls bei 0,5 Prozent. Entscheidend für die geringe Inflation war die Preisentwicklung bei Heizöl und Kraftstoffen.

Arbeitslose

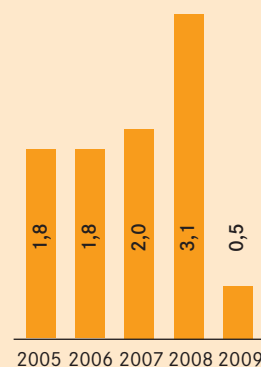


jeweils März

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Teuerungsrate

Preisanstieg gegenüber Vorjahr in Prozent



jeweils März

Quelle: Statistisches Bundesamt

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn
 Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
 Redaktion: Andreas Schirmer · Foto: BMin Arbeit und Soziales
 Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
 erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard